

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.
Fennel Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkontrollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 175.

Freitag, 30. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Kastenzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraumbereitung und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bemühter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant in Riesa gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Das politische Ferienende.

Schon im August wird die Mehrzahl der Reichsminister in die Reichshauptstadt zurückzukehren, um die Arbeiten wieder aufzunehmen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte seinen Urlaub zu einem so frühen Termin angesetzt, da in seinem Ressort die Arbeiten besonders dringlich sind. Gestalten im Hinblick auf die bevorstehende Völkervereinigung im September. Bis zu ihr sind noch alle diejenigen Fragen zu bereinigen, von deren Erledigung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängen soll. Während der Abwesenheit Dr. Stresemanns haben die Erörterungen innerhalb des Auswärtigen Amtes und auch mit den Bevollmächtigten seinen Tag geruht. Sowohl in der englischen wie in der französischen Regierung hat man während der ganzen Sommermonate, soweit die anderen Arbeiten hierzu die Zeit überließen, die neue Mission für die Herbsttagung des Bundes vorbereitet. Besonders aktiv war man in London, wo das Interesse an der deutschen Mitarbeit in der Organisation größer zu sein scheint als in Paris.

Am wichtigsten gestalteten sich die Besprechungen mit den Bevollmächtigten über die Belagungsbedingungen in den besetzten Gebieten. In politischen Kreisen ist es nicht bekannt, ob die Verhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen geführt haben. Die politischen Parteien können noch immer wiederholt feststellen, daß die Berücksichtigung von den Bevollmächtigten aus der Vertragspolitik nicht eingehalten werden, daß Truppenverminderungen nicht erfolgen, vielmehr neue Truppenübungsplätze entstehen, die alles weniger tun, als die Hoffnung auf einen baldigen Abmarsch der Truppen zu erwecken. Die Reichsregierung hat bei den Verhandlungen in Genua und in Paris zwischen der Belagungsfrage und der Militärkontrolle genauestens unterzogen und es ängstlich vermieden, eine Verquickung der beiden Fragen vorzunehmen. Sie besteht darauf, daß die Militärkontrolle durch die internationalisierte Kontrollkommission bis zur Tagung des Völkerbundes befristet werden müsse, während sie sich andererseits bereit erklärt hat, auf eine Vereinfachung der Frage der Belagungsbedingungen zu warten. Bis Deutschland Mitglied des Bundes ist und die letzten Widerstände gegen seine Gleichberechtigung im Kreise der Völker beseitigt sind. Von Seiten der Regierung sind einige Denkschriften über die unhaltbare Lage in den besetzten Gebieten ausgearbeitet und in Genua und Paris überreicht worden. Die ausländischen Regierungen werden sich anhand dieses einwandfreien Materials davon überzeugen können, daß sie sich im Unrecht befinden, und daß es an der Zeit ist, einen Wandel in ihren Methoden einzutreten zu lassen. Dr. Stresemann wird nach seiner Rückkehr sofort die letzten entscheidenden Schritte unternehmen, um festzustellen, ob die Teilnahme Deutschlands an der Herbsttagung des Völkerbundes sich rechtfertigen läßt, oder ob sie im Hinblick auf die ungenügenden Jugostandnisse der Weltmächte unterbleiben muß.

Im August soll auch die Entscheidung über das partielle Projekt des Reichswehrgesetzes fallen. Im Reichsinnenministerium sind sämtliche Pläne der Verbände und Organisationen geprüft worden, und der Innenminister Dr. Kützli ist zu der Überzeugung gekommen, daß unter allen Umständen dem mitteldeutschen Projekt in Form der Vorzug zu geben sei. Die Wünsche der preussischen Regierung können nach seiner Auffassung in anderer Weise befriedigt werden. Wie die anderen Kabinetsmitglieder sich entscheiden werden, ist bisher nicht bekannt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie sich dem Vorschlag Dr. Kützli, der schon um seine Entlassung vom Posten des Bürgermeisters in Dresden nachgedacht hat, anschließen werden. Dem Kabinett wird vom Innenministerium bis Ende August der neue Entwurf zur Wahlrechtsreform vorgelegt. Ob es im Kabinett gelingen wird, die Reform durchzuführen, ist sehr zweifelhaft, da die Mehrzahl der Parteien für eine Beibehaltung des jetzigen Systems und vor allem gegen die beabsichtigte Vereinfachung des Wahlsystems ist.

Professor Barnes gegen die Kriegsschuldfrage.

München. In einer von dem Akademischen Arbeitsausschuß für deutschen Aufbau und dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstalteten Rundgebung hielt Professor Barnes im Auditorium Maximum der Münchener Universität einen Vortrag über die Kriegsschuldfrage. Er wies darauf hin, daß eine moralische Reinigung Deutschlands die Strafparagrafen des Versailler Vertrags beseitigen und die Reparationsfrage in ein völlig neues Licht stellen würde. Prof. Barnes betonte nochmals, wie vor einigen Tagen bei der Berliner Rundgebung, daß die unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Frankreich und Rußland falle und daß der bedrückte Schuldparagraf im Versailler Vertrag ohne jede Grundlage sei. Der Dawesplan sei nur ein kleines Bemühen, die Strafe eines Mannes zu vermindern, den alle als unschuldig erkennen. Prof. Barnes trat weiter für die Rückgabe der deutschen Kolonien unter dem Mandatsystem ein. Notwendig werde es auch sein, die in der Natur der Dinge begründete Vereinigung Deutschlands mit Österreich zu gestalten, wenn diese beiden Länder die Vereinigung wünschen. Die Gerechtigkeit erfordere es ferner, daß den deutschen Bewohnern Südtirol ihre kulturelle und persönliche Freiheit gesichert werde. Zur Klärung der Kriegsschuldfrage müßte die Lösung der Wehrmachtfrage aller Länder erfolgen und eine internationale Konferenz der

Anleihen der Länder für den Wohnungsbau?

Zur Beschleunigung des Wohnungsbau-Programms.

Berlin, 29. Juli. Heute nachmittag fand zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Meißner und dem preussischen Finanzminister Hübner-Walff eine Besprechung darüber statt, ob Preußen zur Finanzierung des Wohnungsbau-Programms eine eigene Anleihe aufnehmen soll. Der Reichsfinanzminister hat den Ländern zur Ausnahme von Anleihen für den Wohnungsbau geraten, da der Eingang der Mittel aus der Haussteuer sich durch die langsame Behandlung des Hauszinssteuererlasses erheblich verzögert hat, die beschleunigte Durchführung des Wohnungsbau-Programms aber erforderlich erscheint, um möglichst zahlreiche Kräfte des Baugewerbes beschäftigen zu können. Da die Haussteuer später laufende Erträge bringen wird, sei mit der Aufnahme solcher Länderanleihen kein übermäßig hohes Risiko verbunden. Neben den Länderanleihen für Wohnungsbauzwecke und neben der geplanten großen Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung kommt vielleicht noch eine dritte Anleihe in Frage. Es erscheint zweifelhaft, ob die Kosten für den Bau des Mittelkanals angesetzt der Größe dieses Projekts durch die für den Herbst beabsichtigte allgemeine Reichsanleihe aufgebracht werden. Eventuell soll eine eigene Mittelkanalanleihe ausgeben werden.

Die Trasse des östlichen Teiles des Mittelkanals ist festgelegt. Die formalen Unterschritten der Länder dürften in nächster Woche erfolgen. Sobald diese Verträge abgeschlossen sind, kann die Arbeit beginnen. Eine Genehmigung des Reichstages ist nicht mehr nötig. Im Herbst steht auch ein verstärkter Bau von Landarbeiterwohnungen ein. Es werden 25 000 deutsche Landarbeiter untergebracht werden können, wodurch eine gleiche Zahl von Polen entberlich wird.

Im übrigen haben die Regierungen des Reiches und der Länder in jüngster Zeit wichtige Beschlüsse über die Beschleunigung der Inanspruchnahme großer Bauarbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser gefaßt. Auch der Hochwasserzins ist in die geplanten Arbeiten einbezogen. Um ein Bild von dem Umfang der Arbeiten zu geben, die das Reich und Staaten hier noch harren, wird darauf hingewiesen, daß nach einer in jüngster Zeit im preussischen Landwirtschaftsministerium zusammengestellten Liste bei der Landesbauverwaltung des Ministeriums Projekte im Betrage von 160 Millionen Mark vorliegen, die ausnahmslos dem Hochwasserzins dienen, die aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht in Angriff genommen werden konnten.

Der Stand der Arbeitsbeschaffung.

Berlin. Ueber den Stand der Verhandlungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung wird von unrichtiger Stelle mitgeteilt:

Die Zusammenarbeit der Reichsregierung und Reichsbahn im Dienste der Arbeitsbeschaffung ist im Laufe der letzten Tage zum Abschluß gekommen. Die Mittel für die Durchführung der begonnenen Bauarbeiten sind der Reichsbahn endgültig zur Verfügung gestellt und die nötigen Anweisungen zum Beginn dieser Unternehmungen sind bereits herausgegeben worden. Es handelt sich dabei um insgesamt 54 Millionen, wovon ein beträchtlicher Teil noch in diesem Jahre verwendet werden wird. Auch die Vereinbarungen über die Vergabe von verfallenen Streckenausbauarbeiten, Wagonbestellungen und der Elektrifizierungsarbeiten sind perfekt.

Das Gesamtprogramm auf diesem Gebiete ist noch etwas größer geworden als es ursprünglich im Plan der Reichsregierung vorgesehen war. Die für die verstärkte Auftragserteilung ursprünglich in Aussicht genommenen hundert Millionen Reichsrechte an die Reichsbahn sind um 20 Millionen

Sachverständigen aller Länder in einem neutralen Lande zusammenzutreten.

Der Ausdehnung folgte ein Empfang beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, der auch dem Vortrage beigewohnt hatte, zu dem hervorragende Vertreter des politischen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

54 Menschen ertrunken.

Schiffbruch dreier Dampfer.

San Domingo. Die drei Dampfer „Francisco“, „Venecia“ und „Macoria“, die sich auf der Reise nach den kleinen Antillen befanden, erlitten Schiffbruch, wodurch zahlreiche Reisende und Mitglieder der Besatzung ertranken.

San Domingo. Bei dem Untergang von drei Schiffen sind 54 Menschen ums Leben gekommen.

Ein Reichstriminalpolizeiamt.

Berlin. Wie verlautet, ist der Reichsinnenminister mit Arbeiten beschäftigt, die die Errichtung eines Reichsstriminalpolizeiamtes zum Ziele haben. Ueber die staatsrechtliche Seite der Angelegenheit haben bereits Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister stattgefunden. Weitere Verhandlungen über die Ausgestaltung des Reichstriminalpolizeiamtes sind mit den Ländern eingeleitet worden.

aus eigenen Mitteln der Reichsbahn erhöht worden. In dieser Summe finden auch die Ausgaben für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn, wofür etwa vierzig Millionen gebraucht werden.

Weiter haben die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Ländern bezüglich des weiteren Ausbaus des Mittelkanals zu einer endgültigen Vereinbarung über die Trasse geführt und auch über die Fortführung des Südtals. Es steht nur noch die formelle Unterzeichnung der Verträge mit den Ländern aus. Solche formelle Verträge sind notwendig, weil die Länder am Mittelkanal finanziell stark engagiert sind. Das Reichsstaatsbinn hat beschlossen, den Anteil zur Ausführung zu bringen, sobald die Verträge unterzeichnet sind. Das Unternehmen ist sehr umfangreich und wird sich über eine ganze Reihe von Jahren erstrecken. Man hofft noch in diesem Herbst in einigen Zentren der Arbeitslosigkeit, wie Braunschweig und Magdeburg, mit den effektiven Arbeiten am Mittelkanal beginnen zu können.

Weiter ist die bekannte Vereinbarung zwischen den Länderregierungen und der Reichsregierung über den verstärkten Bau von Landarbeiterwohnungen zu erwähnen, für den das Reich in diesem Jahre dreißig Millionen bereitstellt; die Länder dürften sich mit der gleichen Quote beteiligen. Es werden zunächst 12 000 Landarbeiterwohnungen hergestellt, in denen etwa 25 000 Landarbeiter untergebracht werden können, jedoch sich dann eine entsprechende Anzahl polnischer Arbeiter einbringen dürfte.

Auf einem der wichtigsten Gebiete aber, dem Wohnungsbau im allgemeinen, ist eine Verständigung leider noch nicht herbeigeführt. Auch hier müssen die Länder besonders hart mit eigenen Finanzen einbringen, seitdem ihnen die Haussteuer übertragen ist. Der Reichsfinanzminister vertritt die Auffassung, daß es richtig ist, den Arbeitsmarkt für den Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen, und einzelne Länder, wie z. B. der Freistaat Sachsen, haben sich dem angeschlossen. Die Verhandlungen mit Preußen sind noch im Gange, und es ist zu befürchten, daß sie nicht schnellstens zum Abschluß gebracht werden und daß gerade in dieser Periode, in der die Bauarbeiter voll beschäftigt werden könnten, noch viele Bauarbeiter erwerbslos sind. Die Verständigung wird aber auch durch den unerhörten großen Inflationen erschwert, der sich namentlich in den britischen Stellen bemerkbar macht. Je kleiner der Defizit, desto gefährlicher ist er. Es wäre gut, wenn die britischen Stellen ebenso wie die staatlichen und die Reichsstellen jetzt einmal alle Kompetenzen im Interesse unserer Erwerbslosen zurückstellen könnten.

Im allgemeinen übrigens haben wegen der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Verhandlungen zwischen Reich, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zu einer Erleichterung der Darlehen für Notstandsarbeiten an die Gemeinden in der Frage der Veranstaltung und Tilgung geführt, jedoch auch über den Winter hinaus eine erhebliche Zahl von Notstandsarbeitern beim Straßenbau usw. Beschäftigung finden dürfte.

Das Programm der Arbeitsbeschaffung für die Reichsbahn

ist noch erweitert worden. 20 Millionen trägt die Reichsbahn, 100 Millionen schießt das Reich vor. Darin sind die Kosten für die Elektrifizierung der Stadtbahn mit 40 Millionen enthalten. Die Trasse des östlichen Teiles des Mittelkanals ist festgelegt. Die formalen Unterschritten der Länder dürften in der nächsten Woche erfolgen. Nach Abschluß der Verträge kann die Arbeit beginnen. Eine Genehmigung des Reichstages ist nicht mehr nötig. Die Mittel stehen bereit. Ein verstärkter Bau von Landarbeiterwohnungen wird im Herbst einsehen. Es werden 25 000 deutsche Landarbeiter untergebracht werden können, wodurch eine gleiche Zahl von Polen entberlich wird.

Die geplante Schuldent Konferenz.

Berlin. Das Projekt englischer Finanzleute, eine neue Schuldent Konferenz unter Teilnahme Deutschlands, Englands, Amerikas, Frankreichs, Belgiens und Italiens über eine Neuordnung der großen internationalen Schuldverhältnisse einzuberufen, hat, wie wir aus Finanzkreisen hören, in Berlin auf einen kalten Widerhall gestoßen. In dem Projekt ist auch die Rede davon, daß der Dawesplan einer Nachprüfung unterzogen werden soll. In Deutschland hat man längst auch in den Kreisen, die ursprünglich die Durchführbarkeit des Dawesplanes anerkannt haben, eingesehen, daß Deutschland bei der jetzigen katastrophalen Lage des internationalen Wirtschaftsmarktes unter den Lasten des Vertrags zusammenbrechen muß. Eine Revision stellt sich als eine immer größere Notwendigkeit heraus, doch hat die Reichsregierung den Vorschlag nicht von sich aus die Revision zu beantragen, sondern es der Gegenseite zu überlassen, im Rahmen der allgemeinen Schuldentregulierung und der Erörterungen über gemeinsamen Finanzaktionen der europäischen Länder eine Forderung zu beantragen.

Die Weiterreise des Grafen Ludner.

Danzig. Der Bierbrauer „Saterland“ des Grafen Ludner hat die Rede von Sopot verlassen und keine Weiterreise nach Kolberg in Pommern angetreten.